



2016: Mehr Waffenopfer als in den letzten vier Jahren

„Immer mehr Waffen werden gekauft, der Trend der Aufrüstung in Bayern verschärft sich“, sorgt sich die Grünen-Fraktionsvorsitzende **Katharina Schulze**. Sie wollte von der Staatsregierung wissen, wie viele Schusswaffen 2016 im Umlauf waren und wie viele Menschen dadurch zu Schaden gekommen sind.

Nach Angaben des Innenministeriums wurden letztes Jahr in Bayern 41 Personenschäden, also Morde und Verletzungen, durch erlaubnispflichtige Schusswaffen registriert – vier durch den sogenannten Reichsbürger von Georgensgmünd.

„Der vermeintliche Täter hatte die Tatwaffe legal in Besitz“, schreibt das Ministerium. Damit kamen durch erlaubnispflichtige Schusswaffen 2016 mehr Menschen zu Schaden als im gesamten Zeitraum 2011 bis 2015. Die übrigen 37 Personenschäden wurden durch illegale Schusswaffen verübt: 15 davon beim Amoklauf im Münchner Olympia-Einkaufszentrum, 19 durch Selbsttötungen und drei durch Morde.

Zum Stichtag 31. Dezember 2016 gab es in Bayern 204 000 Waffenbesitzer. Die meisten lebten in Oberbayern: 71 000 Männer und 8700 Frauen. Auf Platz zwei folgt Schwaben mit 28 100 Waffenbesitzern – darunter 2900 Frauen. Niederbayern liegt mit insgesamt 27 200 auf Platz drei. Mit 20 900 leben laut Ressort von Innenminister **Joachim Herrmann** (CSU) in Oberfranken die wenigsten Waffenbesitzer.

Auch die Zahl der erlaubnispflichtigen Schusswaffen ist mit 1,16 Millionen auf einem neuen Höchststand – ein Plus von 2,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die

Waffenbehörden haben letztes Jahr 12 707 Personen eine Erlaubnis zum Erwerb und Besitz einer erlaubnispflichtigen Schusswaffe erteilt. Das sind 16,6 Prozent mehr Waffenbesitzkarten als noch 2015. 76 Privatpersonen wurde 2016 der große Waffenschein ausgestellt. Besorgniserregend ist für Schulze vor allem die Zunahme an lebensgefährlichen Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen. Haben die Waffenbehörden 2015 noch 5748 Personen den kleinen Waffenschein ausgestellt, stieg die Zahl 2016 um 578 Prozent auf 33 198 Personen.

Berechtigt zum Tragen einer Waffe sind Jäger, Sportschützen, Brauchtumsschützen, Waffensammler, Waffensachverständige, Menschen mit besonderer Gefährdung oder Menschen mit anderen Gründen wie Altbesitz. Das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) prüfe regelmäßig, ob die Kriterien für den Waffenbesitz erfüllt werden. „Gleichwohl ist ein Erlaubniswiderruf durch die Waffenbehörden trotz Übermittlung der Erkenntnisse des BayLfV nicht in allen Fällen möglich“, heißt es in der Antwort. Die Gründe dafür würden statistisch nicht erfasst.

„Diese lebensgefährlichen Entwicklungen müssen gestoppt werden“, verlangt Schulze. Die Landtags-Grünen fordern eine wirksamere Kontrolle des Waffenhandels in der EU, ein Verbot besonders gefährlicher halbautomatischer Schusswaffen im Besitz von Privatpersonen und strengere Anforderungen an die Eignung und Zuverlässigkeit der Waffenbesitzer – auch für den Besitz einer Schreckschusswaffe.

TEXT LOH/FOTO DPA

NACHGEHAKT | Abgeordnete fragen, Ministerien antworten

# Fußfessel, Übertrittszeugnis, Online-Finanzamt

Viele Grundschulen nutzen Lernentwicklungsgespräche

In Bayern entscheiden in der vierten Klasse die drei Noten in Deutsch, Mathe sowie Heimat- und Sachunterricht (HSU) über den Übertritt auf die weiterführende Schule. **Thomas Gehring** (Grüne) findet das nicht zeitgemäß: „Die CSU-Regierung nimmt damit un menschlichen Druck auf kleine Kinder und deren Familien in Kauf.“ Damit Schüler wissen, wo sie stehen, spricht sich der Abge-

ordnete und zum Leistungsstand des Kindes entsprechen den Inhalten eines Zwischenzeugnisses und sind im Dokumentationsbogen zum Lernentwicklungsgespräch schriftlich fixiert“, erklärt das Ressort von **Ludwig Spaenle** (CSU). Das Lernentwicklungsgespräch sei damit auch hinsichtlich seiner Prognosefähigkeit „in hohem Maße verlässlich“.

In der vierten Klasse ist ein Lernentwicklungsgespräch als Alternative zum Zwischenzeugnis allerdings nicht erlaubt, weil das Übertrittszeugnis das Zwischenzeugnis ersetzt. „Schulen, die in den Klassen der Jahrgangsstufe vier jedoch zusätzlich zum Übertrittszeugnis ein Gespräch zur Leistungsentwicklung mit der Schülerin beziehungsweise dem Schüler führen möchten, steht diese Möglichkeit offen.“ Gehring wünscht sich zukünftig für alle Kinder in der Grundschule Lernentwicklungsgespräche als Alternative zum Übertrittszeugnis.



66,3 Prozent der Grundschulen nutzen Lernentwicklungsgespräche. BSZ

ordnete stattdessen für Lernentwicklungsgespräche aus. Wie viele Grundschulen haben das Zwischenzeugnis in den Jahrgangsstufen eins bis drei durch ein Lernentwicklungsgespräch ersetzt, fragte er die Staatsregierung.

Das Kultusministerium antwortet, im Schuljahr 2014/2015 hätten



Lernentwicklungsgespräche als Alternative zum Übertrittszeugnis wünscht sich **Thomas Gehring** (Grüne). BSZ

766 Schulen (34 Prozent) und im Schuljahr 2015/2016 bereits 1519 Schulen (66,3 Prozent) aller bayerischen Grundschulen ein dokumentiertes Lernentwicklungsgespräch geführt. „Die Aussagen der Lehrkraft zur Lernentwicklung

Wunschkennzeichen oder die Gewerbeanmeldung ermöglichen. Aktuell machten mit rund 1500 Kommunen über 60 Prozent aller Kommunen Bayerns mit. „Diese Zahlen bestärken uns in unseren Anstrengungen, den Ausbau der Digitalisierung weiter voranzutreiben“, erklärt **Huber**.

Prognosen zur Fußfessel in Bayern nicht möglich

Nach dem Willen der CSU sollen elektronische Fußfesseln Behörden zukünftig über jeden Schritt von Extremisten informieren. Nachdem die Gewerkschaft der Polizei Probleme bei der rechtlichen Umsetzung prophezeite, wollte **Paul Wengert** (SPD) jetzt erfahren, mit wie vielen praktischen Anwendungsfällen bei der elektronischen Aufenthaltsüberwachung



Wie oft werden Fußfesseln zum Einsatz kommen, und wer überwacht die Daten, fragte **Paul Wengert** (SPD). FOTO BSZ

(EAÜ) die Staatsregierung rechner und wer die erhobenen Aufenthaltsdaten verarbeitet.

Genaues kann das Innenministerium noch nicht sagen: „Eine Projektgruppe der Polizei der Länder und des Bundes erarbeitet unter Beteiligung Bayerns derzeit ein Konzept zur Einführung einer bundesweit einheitlichen, präventiven EAÜ“, heißt es in der Antwort. Die Überwachung komme in einer Vielzahl von Fällen infrage



Die Polizeipräsidenten entscheiden über den Fußfessel-Einsatz. DPA

und könne von den zuständigen Polizeipräsidenten beantragt werden. „Prognostische Schätzungen über das etwaige Fallkaufkommen liegen daher nicht vor.“

Wer für die Verarbeitung zuständig ist, kann das Ressort von Innenminister **Joachim Herrmann** (CSU) ebenfalls noch nicht sagen. Man wolle sich an den bestehenden Regelungen der EAÜ im Rahmen der Führungsaufsicht orientieren. Deshalb müsse geprüft werden, „inwieweit die Nutzung der bestehenden technischen Infrastruktur der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung und die Nutzung der gemeinsamen Überwachungsstelle der Länder auch für den präventiven Einsatz sinnvoll ist“. Eventuell könne diese Aufgabe auch vom Bundeskriminalamt übernommen werden.

Gesundheitssystem: Beratung für Migranten

Menschen mit Migrationshintergrund fehlt in unserem Gesundheitssystem häufig noch der Durchblick. So landen sie beispielsweise im Notfall oft in der Notfallambulanz, obwohl sie auch

den ärztlichen Bereitschaftsdienst in Anspruch nehmen könnten. Welche Maßnahmen wurden bereits ergriffen, um Menschen mit Migrationshintergrund über die Möglichkeiten der Gesundheitsversorgung in Bayern aufzuklären?, fragte **Hans Jürgen Fahn** (Freie Wähler).

Das Gesundheitsministerium schreibt, es informiere auf der Homepage in leichter Sprache über das Gesundheitssystem und über die stationäre Versorgung. Weitere Themen sollen zukünftig ebenfalls in leichter Sprache übertragen werden. Darüber hinaus fördere das Ressort von Gesundheitsministerin **Melanie Huml** (CSU) Projekte wie „MiMi – Mit Migranten für Migranten“, bei dem integrierte Migranten zu Gesundheitsmediatoren ausgebildet werden.

In der Sterbebegleitung soll das Projekt „Bayerische Informationskampagne zur Hospiz- und Palliativversorgung mit Migranten für Migranten“ Migranten informieren und Akteure in der Hospiz- und Palliativversorgung für Migranten sensibilisieren. Nicht zuletzt gebe es niedrigschwellige Angebote durch Akteure vor Ort: Migrations-



Migranten fehlt in unserem Gesundheitssystem häufig noch der Durchblick, weiß **Hans Jürgen Fahn** (Freie Wähler). BSZ

beratungsstellen, Gesundheitsmediatoren und im Rahmen der „Gesundheitsregionenplus“ spezielle Programme für Menschen mit Migrationshintergrund. Die Unabhängige Patientenberatung (UPD)



Bei „MiMi – Mit Migranten für Migranten“ werden Migranten zu Gesundheitsmediatoren ausgebildet. DPA

berate Versicherte inzwischen in verschiedenen Sprachen.

Mehr Sanierungsfälle als reparierte Brücken

„Bayerns Brücken bröseln langsam vor sich hin – und die CSU-Regierung sieht dem Verfall nahezu tatenlos zu“, klagt **Grünen-Fraktionschef Ludwig Hartmann**. Er



2016 wurden nur 13 von 183 maroden Brücken saniert. FOTO DPA

hakte daher bei der Staatsregierung nach, wie viele Brücken sanierungsbedürftig sind und wie viele davon pro Jahr repariert werden.

Das Verkehrsministerium antwortet, in Bayern gebe es insgesamt 5352 Teilbauwerke an Brücken in staatlicher Hand. Teilbauwerke entstehen, wenn zum Beispiel an einer zweibahnigen Straße für jede Richtung ein eigenes Bauwerk erstellt wurde. Von diesen 5252 Teilbauwerken haben 183 (drei Prozent) mit einer Gesamtquadratmeterfläche von 100 069 eine Zustandsnote zwischen drei und vier. Am wenigsten sanierungsbedürftige Brücken hat Niederbayern (ein Prozent), am meisten die Oberpfalz und Unterfranken (jeweils fünf). 2016 wurden laut Ressort von Verkehrsminister **Joachim Herrmann** (CSU) nur 13 Brücken mit einer Zustandsnote zwischen drei und vier instandgesetzt oder erneuert.

Hartmann befürchtet erhebliche Mehrkosten, wenn nicht sofort mit der Sanierung der restlichen Brücken begonnen wird. „Wir müssen davon ausgehen, dass viele dieser Brücken in so miserablen Zustand sind, dass sie nur noch abgerissen und neu gebaut werden können“, glaubt der Abgeordnete. Der aktuelle Kostenansatz von 640 Euro pro Quadratmeter Brückenfahrbahn sei dann bei Weitem nicht mehr zu halten. > **DAVID LOHMANN**